WSI
Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftliches Institut

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

PRESSEDIENST

05.11.2026

Neuer Verteilungsbericht des WSI

Einkommensungleichheit seit 1992 stark gestiegen – sinkende soziale Umverteilung ein wichtiger Faktor

Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Deutschland befindet sich nach den aktuellsten Daten auf dem zweithöchsten Niveau seit 1992. Die Quote der Haushalte, die in Armut leben, liegt ebenfalls ganz nah beim Höchststand über die letzten gut drei Jahrzehnte: Gegenüber 1992 hat sie um 45 Prozent zugenommen, der Anteil der sehr Armen sogar um 76 Prozent (weitere detaillierte Daten unten und in den Abbildungen im Anhang). Parallel dazu ist die untere Mittelschicht deutlich geschrumpft. Dagegen ist die Spreizung bei den Stundenlöhnen seit Mitte der 2010er Jahre zurückgegangen, weil der gesetzliche Mindestlohn eine Untergrenze eingezogen hat. Ein wichtiger Grund für die unterschiedlichen Entwicklungen bei Einkommens- und Lohnungleichheit ist, dass die ausgleichende Umverteilungswirkung durch Steuern und Sozialtransfers in der letzten Dekade tendenziell abnimmt. Hinzu kommt der über die Zeit gestiegene Anteil an Teilzeitbeschäftigung, oft als Folge unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.*

Auf der anderen Seite der Einkommensverteilung ist der Anteil der Haushalte, die wegen hoher Einkommen als „einkommensreich“ gelten, im Zeitverlauf recht stabil. Ihre Einkommen sind aber viel stärker gewachsen als im Rest der Bevölkerung, und insbesondere der Anteil der „sehr Einkommensreichen“ an der Spitze dieser Gruppe hat spürbar zugenommen, was die gesamtgesellschaftliche Einkommensungleichheit zusätzlich vergrößert hat. „All dies deutet auf eine wachsende Polarisierung der Einkommensentwicklung hin“, schreiben die Studienautor*innen und erkennen das „Bild einer zunehmend polarisierten Gesellschaft“. Und dabei ist die noch deutlich größere Ungleichheit bei den Vermögen in Deutschland noch gar nicht berücksichtigt.

„Der neue WSI-Verteilungsbericht zeigt einerseits, dass es wichtig und möglich ist, die Schere bei den Arbeitslöhnen nicht immer weiter aufgehen zu lassen. Dabei hat die Erhöhung des Mindestlohns eine wichtige Rolle gespielt. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Sicherung von guten Löhnen und damit die Stabilisierung der mittleren Einkommensschichten wäre die Stärkung der Tarifbindung“, sagt Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. „Gleichzeitig haben wir auch in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit eine Zunahme und Vertiefung von Armut und ein Wachstum von

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch
Wissenschaftliche Direktorin WSI
Telefon +49 211 7778-186
bettina-kohlrausch@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.wsi.de

Einkommensungleichheit beobachtet. Das ist die Schattenseite der Entwicklung und zeigt, dass bestimmte Einkommensgruppen von den skizzierten positiven Entwicklungen nicht profitieren. Dies liegt unter anderem daran, dass die Umverteilungswirkung des Sozialstaats nachgelassen hat. Wenn die aktuellen Kürzungsdebatten wirklich zu weiterem Sozialabbau führen, wird das die Ungleichheit weiter verschärfen“, warnt die Soziologin.

Daten und Methode der Studie

Für die Studie werten WSI-Verteilungsexpertin Dr. Dorothee Spannagel und Dr. Claus Schäfer die gerade erst für Forschende zugänglich gemachten neuesten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus, die im Zuge von Aktualisierungen zum Teil revidiert wurden. Seit kurzem liegen in der repräsentativen Befragung des SOEP-Panels unter 23.000 Personen in 17.000 deutschen Haushalten Einkommensdaten für 2024 vor. Zusätzlich ziehen die Forschenden die Distribution of Earnings Database der OECD heran. In den Mittelpunkt des Verteilungsberichts stellen Spannagel und Schäfer die Lohn- und Einkommensentwicklung. Dabei verwenden sie in der Wissenschaft breit etablierte Maße und Methoden: Bei den Einkommen geht es jeweils um das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen, das heißt nach Abrechnung von Steuern und Abgaben und Hinzurechnung von Transfers. Haushalte unterschiedlicher Größe werden über eine sogenannte Äquivalenzgewichtung auf Basis einer OECD-Skala vergleichbar gemacht.

Das am häufigsten verwendete Maß für die Verteilung von Haushaltseinkommen ist der Gini-Koeffizient, hinzu kommen so genannte Dezilvergleiche, die zum Beispiel zeigen, um wie viel höher die Einkommen am unteren Ende der obersten zehn Prozent der Einkommensverteilung im Vergleich zum oberen Ende der untersten zehn Prozent sind (D9/D1-Vergleich).

Haushalte in Armut sind nach gängiger Definition die mit Einkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren („Median“-)Einkommens. Das entspricht beispielsweise einem verfügbaren jährlichen Nettoeinkommen von weniger als 15.673 Euro für eine alleinlebende Person. Haushalte, die über weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens verfügen (weniger als 13.061 Euro), leben in „strenger Armut“. Auf der anderen Seite der Verteilungsskala finden sich Haushalte mit mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens. Ab dieser Grenze, die aktuell bei 52.244 Euro netto im Jahr für einen Single liegt, gilt ein Haushalt als „einkommensreich“. Sind es mehr als 300 Prozent (Einkommen über 78.366 Euro), spricht man von „großem Einkommensreichtum“. Haushalte mit Einkommen oberhalb von 60 Prozent bis zum Median werden zur unteren Mittelschicht gezählt, Einkommen oberhalb des Medians bis unterhalb von 200 Prozent bilden die obere Mitte.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Ungleichheit der Einkommen nahe am Höchststand

Der Gini-Koeffizient reicht theoretisch von null bis eins: Beim Wert null hätten alle Menschen in Deutschland das gleiche Einkommen, bei eins würde das gesamte Einkommen im Land auf eine einzige Person entfallen. Diese Bandbreite macht deutlich, dass auch vermeintlich kleine Änderungen des Koeffizienten erhebliche Bedeutung haben. Für den Untersuchungszeitraum skizzieren Spannagel und Schäfer das folgende Bild: In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren gab es einen deutlichen Zuwachs der Einkommensungleichheit in Deutschland, der auch im internationalen Vergleich sehr stark ausfiel. Danach verharrte der Wert einige Zeit auf dem erhöhten Niveau. Die Auswertung der neuesten verfügbaren SOEP-Daten im Verteilungsbericht zeigt, dass sich der Anstieg der Ungleichheit ab 2010 dann weiter fortgesetzt hat, ab 2018 deutlich beschleunigt, allerdings in leichten Wellenbewegungen. 1992 lag der „Gini“ bei 0,252, 2010 bei 0,281. Bis 2021 kletterte er auf einen Höchststand von 0,312, ging 2022 zurück und stieg bis 2024 wieder auf 0,307 (siehe auch Abbildung 1 im Anhang).

Der Trend zu mehr Ungleichheit zeigt sich unabhängig von der Fluchtmigration im letzten Jahrzehnt, er fällt allerdings schwächer aus, wenn man die Einkommensdaten geflüchteter Menschen bei der statistischen Analyse ausklammert. Tut man das, zeigt sich auf niedrigerem Niveau ebenfalls ein deutlicher Anstieg des Gini-Wertes.

Löhne: Spreizung nach kräftigem Anstieg wieder gemildert

Im Vergleich ausgewogener verlief die Entwicklung bei den Löhnen. Das Dezilverhältnis D9/D1 – als Ausdruck für die Relation der Löhne von oben und unten – lag Anfang der 1990er Jahre bei über 3,0: Ein Lohn an Position 9 von 10 aller Löhne für Vollzeitarbeit war also mehr als drei Mal so hoch wie einer an Position 1 von 10. 1994 lag der Wert bei 2,80. Danach stieg D9/D1 – unterbrochen von einer kurzen Phase der Stabilität Anfang der 2000er Jahre – kontinuierlich auf einen Höchststand von 3,52 im Jahr 2015. Seitdem ist der Wert durchgehend auf 2,89 im Jahr 2024 zurückgegangen. Ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der letzten Jahre sind nach Analyse von Spannagel und Schäfer Einführung und Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns gewesen. Einen weiteren, allerdings kleinen, Anteil hatten finanzielle Verbesserungen in zuvor relativ niedrig bezahlten Branchen wie der Pflege durch erfolgreiche Tarifbewegungen sowie ein Bemühen der Gewerkschaften um „soziale Komponenten“ bei Tarifabschlüssen, zum Beispiel eine Mindesterhöhung von Löhnen um einen absoluten Eurobetrag flankierend zu prozentualen Anhebungen.

Bei den Löhnen wurde also die zwischenzeitlich deutlich größer gewordene Spreizung in den letzten Jahren wieder reduziert. Dass sich diese Entwicklung bei der Ungleichheit der Haushaltseinkommen kaum

widerspiegelt, hat nach Analyse der Forschenden wesentlich mit einer tendenziell schwächeren sozialen Sicherung und Umverteilung zu tun: Niedrige Einkommen entwickelten sich schwach, insbesondere bei Haushalten, die auf Transfers angewiesen sind. Sehr hohe Einkommen legten dagegen stark zu, auch, weil diese oft nicht nur aus Löhnen gespeist werden, sondern zusätzlich aus Vermögenseinkommen. Unter dem Strich stiegen nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zwischen 1995 und 2021 die inflationsbereinigten Haushaltsnettoeinkommen im obersten Dezil um 58 Prozent, im untersten lediglich um 1,4 Prozent.

Armut gewachsen, Reichtum legt ganz oben zu, untere Mitte bröckelt

Deutlich zugenommen hat auch die Einkommensarmut, und zwar sowohl gegenüber den 1990er Jahren als auch seit 2010. Die Quote armer Haushalte stieg von 1992 bis 2024, ebenfalls mit einzelnen Schwankungen, von 11,9 auf 17,3 Prozent. Das ist der zweithöchste Wert nach 17,4 Prozent 2021 und ein Zuwachs um 45 Prozent über den gesamten untersuchten Zeitraum (siehe Abbildung 2). Relativ noch stärker breitete sich „strenge“ Armut aus: 1992 gehörten 5,9 Prozent aller Haushalte zur Teilgruppe der sehr Armen, 2024 waren es 10,4 Prozent – ein Anstieg um sogar 76 Prozent. Auch bei der Armutsentwicklung war Fluchtmigration ein Faktor, aber der Trend nach oben zeigt sich auch hier unabhängig davon, betont Forscherin Spannagel.

Weniger hat sich beim Anteil der einkommensreichen Haushalte in Deutschland verändert: Deren Quote stieg von 5,7 Prozent 1992 zwischenzeitlich auf rund acht Prozent und pendelte in den letzten Jahren, mit einigen Schwankungen, um rund sieben Prozent. Im Jahr 2024 waren es 7,0 Prozent. Der Anteil der sehr einkommensreichen Haushalte als oberes Segment der Einkommensreichen legte dabei spürbar zu, er lag 1992 bei 1,1 und 2024 bei 1,9 Prozent aller Haushalte.

Bei einem genaueren Blick auf die Mittelschicht zeigt sich „oben“ mehr Konstanz als „unten“: Ein Einkommen von 100 bis knapp unter 200 Prozent des Medians hatten 1992 gut 44 Prozent der Haushalte, 2024 waren es 43 Prozent. Dagegen wurde die „untere Mitte“ (über 60 bis unter 100 Prozent) spürbar kleiner – der Anteil sank von 38 auf knapp 33 Prozent.

Schwerpunkte bei Armen und unterer Mitte setzen

„Armut hat sich vertieft, die untere Mitte ist unter Druck geraten, Reichtum konzentriert sich zunehmend an der Spitze“, lautet das Fazit von Spannagel und Schäfer. Diese Entwicklung sei sowohl ökonomisch als auch politisch hoch problematisch. Ökonomisch, weil Haushalte mit hohen Einkommen zusätzliche Einkommensgewinne eher sparen, während Haushalte mit niedrigen Einkommen zusätzliche finanzielle Spielräume für den Konsum nutzen. „Höhere Transferleistungen oder

höhere Erwerbseinkommen stärken daher unmittelbar die Binnennachfrage“ – die aktuell schwach bleibt. Politisch, weil Zweifel an der fairen Verteilung von gesellschaftlichem Wohlstand und materieller Teilhabe das Vertrauen in die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter schwächten. Das gelte insbesondere bei Angehörigen der unteren Mittelschicht, die stärker als arme Menschen das Gefühl hätten, etwas zu verlieren. Die Forschenden verweisen auf die Mitte-Studie der FES und zitieren: „Die vom Abstieg Bedrohten werden dann in Krisenzeiten politisch aktiv, um den eigenen Status zu verteidigen.“

Um wachsender Ungleichheit, Armut und politischer Polarisierung gegenzusteuern, heben die Wissenschaftler*innen drei Maßnahmenkomplexe hervor:

Gute Erwerbsarbeit stärken: Sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigung ist nach der Analyse ein zentraler Baustein, um Lohnungleichheiten zu begrenzen und Erwerbseinkommen abzusichern. Der seit Jahren sinkenden Tarifbindung könne unter anderem eine stärkere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen entgegengesetzt werden. Innerhalb von Tarifbindung könnten weitere „soziale Komponenten“ bei Tariferhöhungen die Ungleichheit ebenfalls eindämmen. Um Niedriglohnbeschäftigung weiter zurückzudrängen und Arbeitsverhältnisse am unteren Rand der Lohnverteilung stärker existenzsichernd zu gestalten, solle der Mindestlohn am europäischen Referenzwert von 60 Prozent des Brutto-Median-Stundenlohns von Vollzeitbeschäftigten ausgerichtet werden.

Erwerbsumfang von Haushalten erhöhen: Dafür ist es erforderlich, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, so Spannagel und Schäfer. Dazu gehörten der Ausbau einer verlässlichen und möglichst kostenfreien Kinderbetreuung sowie die flächendeckende Umsetzung einer verlässlichen Ganztagsschulbetreuung, zumindest in Grundschulen. Als ebenso wichtig nennen die Forschenden flexible Arbeitszeitmodelle, bei denen Arbeitgeber den Arbeitszeitbedürfnissen von Familien stärker nachkommen.

Angemessene Transferleistungen sicherstellen: Wo Erwerbseinkommen nicht ausreichen oder Erwerbstätigkeit nicht möglich ist (etwa bei Renter*innen), komme dem Sozialstaat eine zentrale Rolle zu, um Armut zu bekämpfen und ihre Vertiefung zu verhindern. Neben einem höheren gesetzlichen Rentenniveau sei es wichtig, die Grundsicherung deutlich anzuheben. Auch die Einführung einer Kindergrundsicherung, so politisch unwahrscheinlich das auch derzeit erscheint, sei hier eine wirksame Maßnahme.

*Dorothee Spannagel, Claus Schäfer: Ungleiches Deutschland: Löhne und Einkommen seit 1992. WSI-Verteilungsbericht 2026. WSI Report Nr. 117, November 2026. Download: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009529

WSI
Wirtschafts- und Sozial-
wissenschaftliches Institut

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Dorothee Spannagel
WSI-Expertin für Verteilungsanalyse und -politik
Tel.: 0211-7778-205
E-Mail: Dorothee-Spannagel@boeckler.de

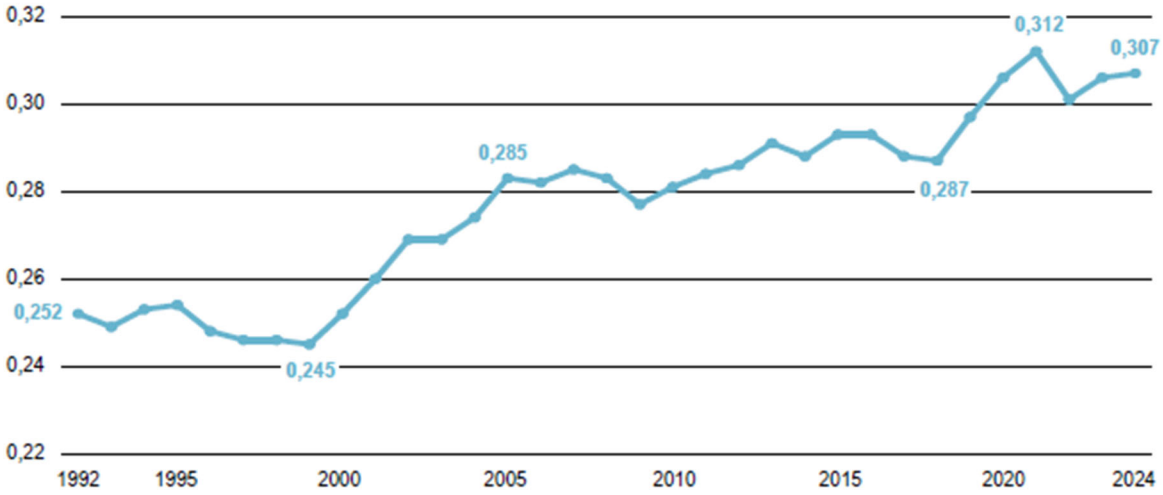
Prof. Dr. Bettina Kohlrausch
Wissenschaftliche Direktorin WSI
Tel.: 0211-7778-186
E-Mail: Bettina-Kohlrausch@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Abbildung 1 (Abb. 4 in der Studie)

Abbildung 4

Ungleichheit der Einkommen, 1992–2024
Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen



Anmerkung: Bei einem Wert von 0 verfügen alle über gleich viel Einkommen, bei 1 konzentrieren sich die Einkommen in einem einzigen Haushalt.

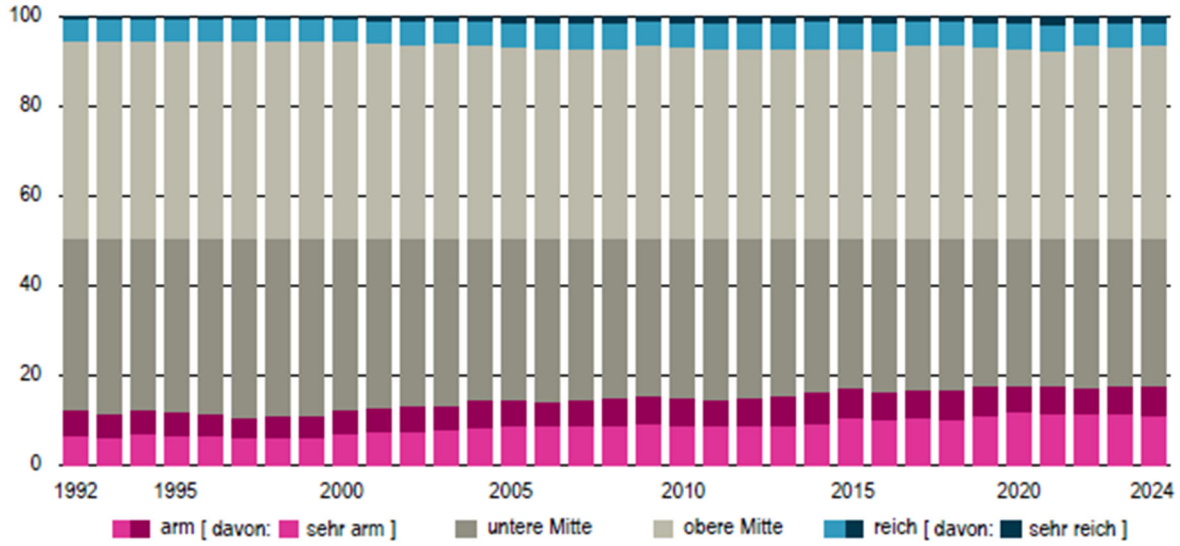
Quelle: SOEP v42, eigene Berechnungen

WSI

Abbildung 2 (Abb. 5 in der Studie)

Abbildung 5

Entwicklung der Einkommensklassen, 1992–2024
Angaben in Prozent



Anmerkung: Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50 Prozent (Teilgruppe der streng Armen) leben; die untere Mitte reicht von mehr als 60 Prozent des Medianeinkommens bis zum Median; oberhalb des Medians bis zum Zweifachen seines Wertes liegt die obere Mitte; Einkommensreichtum beginnt ab einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 Prozent, großer Reichtum bei mehr als dem Dreifachen des Medians.

Quelle: SOEP v42, eigene Berechnungen

WSI